

## Text zur Planurkunde

zum Bebauungsplan "Am dicken Stein" der Gemeinde Hettenrodt

- - -

### 1. Geltungsbereich des Baugebietes

- 1.1 Die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist in der Planurkunde stark schwarz gestrichelt eingetragen.
- 1.2 Der Bebauungsplan umfaßt  
aus Flur 12 die Parzellen: Teil von der Straße "Am dicken Stein", Teil von der Straße "Wartenhübel", 1597/3, 85/1618, 84/1618, 1616, 1615, 1614, 1613, 95/1612, 94/1612, 93/1612 und 1610.

### 2. Art der baulichen Nutzung

- 2.1 Das Baugebiet ist "Allgemeines Wohngebiet" - WA - entsprechend § 4 BauNVO.
- 2.2 Gemäß § 1 Absatz 5 BauNVO sind neben den in § 4 Absatz 3 zulässigen Vorhaben auch allgemein zulässig:
  1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
  2. sonstige nicht störende Betriebe.

### 3. Maß der baulichen Nutzung

- 3.1 Für das Baugebiet gelten folgende Höchstfestsetzungen:

Vollgeschosse	GRZ	GFZ
1	0,4	0,4
2	0,4	0,8

- 3.2 Über das zulässige Maß hinaus ist der teilweise Ausbau hangseitig freistehender Kellergeschoßzonen zu Wohnzwecken dann zulässig, wenn die Höchstgeschoßflächenzahl nicht überschritten wird.
- 3.3 Es gilt zweigeschossige Bauweise als Höchstwert. Eine Überschreitung der Geschoßzahl bis zu 3 Vollgeschossen ist nur zulässig bei Betrieben des Beherbergungsgewerbes (§ 31 Absatz 1 BBauG).

### 4. Bauweise

- 4.1 Es gilt offene Bauweise, zulässig ist die Errichtung von Einzel- und Doppelhäusern.

## 5. Garagen und Stellplätze

- 5.1 Garagen sind im unmittelbaren baulichen Zusammenhang mit Wohn- und Betriebsgebäuden zu errichten. Die Errichtung von Garagen im Bauwich ist nur ausnahmsweise gemäß § 31 Absatz 1 BBauG zulässig, wenn die Voraussetzungen nach § 86 Absatz 2 der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (LBO) vom 15. 11. 1961 gegeben sind, sonst nicht. Blechgaragen sind nicht zulässig. Der Abstand der Garagen von Hinterkante Bürgersteig bis Vorderkante Garage muß mindestens 5,00 m betragen, auch dort, wo die Wohngebäude bis zur Baugrenze an die Straße gebaut werden.
- 5.2 Auf jedem Baugrundstück muß je Wohnungseinheit ein Stellplatz am günstigsten Punkt der anbaufähigen Verkehrsfläche errichtet werden.

## 6. Nebenanlagen

- 6.1 Im Baugebiet sind auch untergeordnete Anlagen und Einrichtungen zulässig, die dem Nutzungszweck der Grundstücke im allgemeinen Wohngebiet nach § 14 BauNVO nicht widersprechen.
- 6.2 Die der Versorgung des Baugebietes dienenden Nebenanlagen der Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sind zulässig, auch soweit für sie im Bebauungsplan keine besonderen Flächen festgesetzt sind.

## 7. Überbaubare Grundstücksflächen

- 7.1 Die überbaubare Grundstücksfläche auf jedem Baugrundstück ist durch die Baugrenze (blau) eingefäßt; die außerhalb dieser überbaubaren Grundstücksfläche liegenden Grundstücksteile sind nicht überbaubar.
- 7.2 Bei den seitlichen Abstandsflächen (Bauwich) ist nach der LBO von Rheinland-Pfalz in der während des Bauens gültigen Fassung zu verfahren.

## 8. Stellung und Höhenlagen der baulichen Anlagen

- 8.1 Die Stellung der Bauten mit der größten Länge parallel zur Straße ist verbindlich. Anbauten mit anderen Firstrichtungen sind zulässig.
- 8.2 Die Höhenlagen der baulichen Anlagen sind im Querprofil im Maßstab 1 : 200 in der Planurkunde eingetragen und dürfen nicht überschritten werden.

## 9. Gestaltung

- 9.1 Flachdächer dürfen nicht mit nackter Dachpappe gedeckt sein, sie müssen mindestens besandet oder bekieset sein; Sattel- und Walmdächer sind dunkelgetönt einzudecken. Die straßenseitig gelegenen Grundstücksflächen dürfen nur als Ziergarten angelegt werden. Straßenseitig können feste Einfriedigungen nur im Einvernehmen mit der Gemeinde errichtet werden.
- 9.2 Die Dachneigung darf 0 - 30° betragen.

## 10. Baugrundstücke

- 10.1 Die Mindestgröße der Baugrundstücke beträgt 500 m<sup>2</sup>.

## 11. Verkehrsflächen

- 11.1 Die Straße hat eine Fahrbahnbreite von 5,50 m und Bürgersteige, beidseitig der Fahrbahn, von 1,50 m Breite.
- 11.2 Die Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsfläche wird im Straßenbauprojekt festgelegt, die jetzt bestehenden Höhenlagen und Geländegefälle werden beim Ausbau nur sehr geringfügig verändert werden. Die in der Planurkunde eingetragenen Höhenlinien sind durch Vermessung festgestellt.

## 12. Leitungsführung

- 12.1 Die Führung der Versorgungsleitung erfolgt in der öffentlichen Verkehrsfläche.
- 12.2 Die Führung der Entsorgungsleitung besteht schon und ist in der Planurkunde in einer Schutzzone liegend ausgewiesen.

Aufgestellt:

Herrstein/Nahe, den 5. Februar 1973

Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein  
- Bauabteilung -

Genehmigt!

Gehört zur Verfügung vom

6. März 1974 Az.: 63/610-13

Ländratsamt Birkenfeld

Im Auftrag:

Oberbaurat



*Buch*

(Buch)

Bauingenieur (grad.)